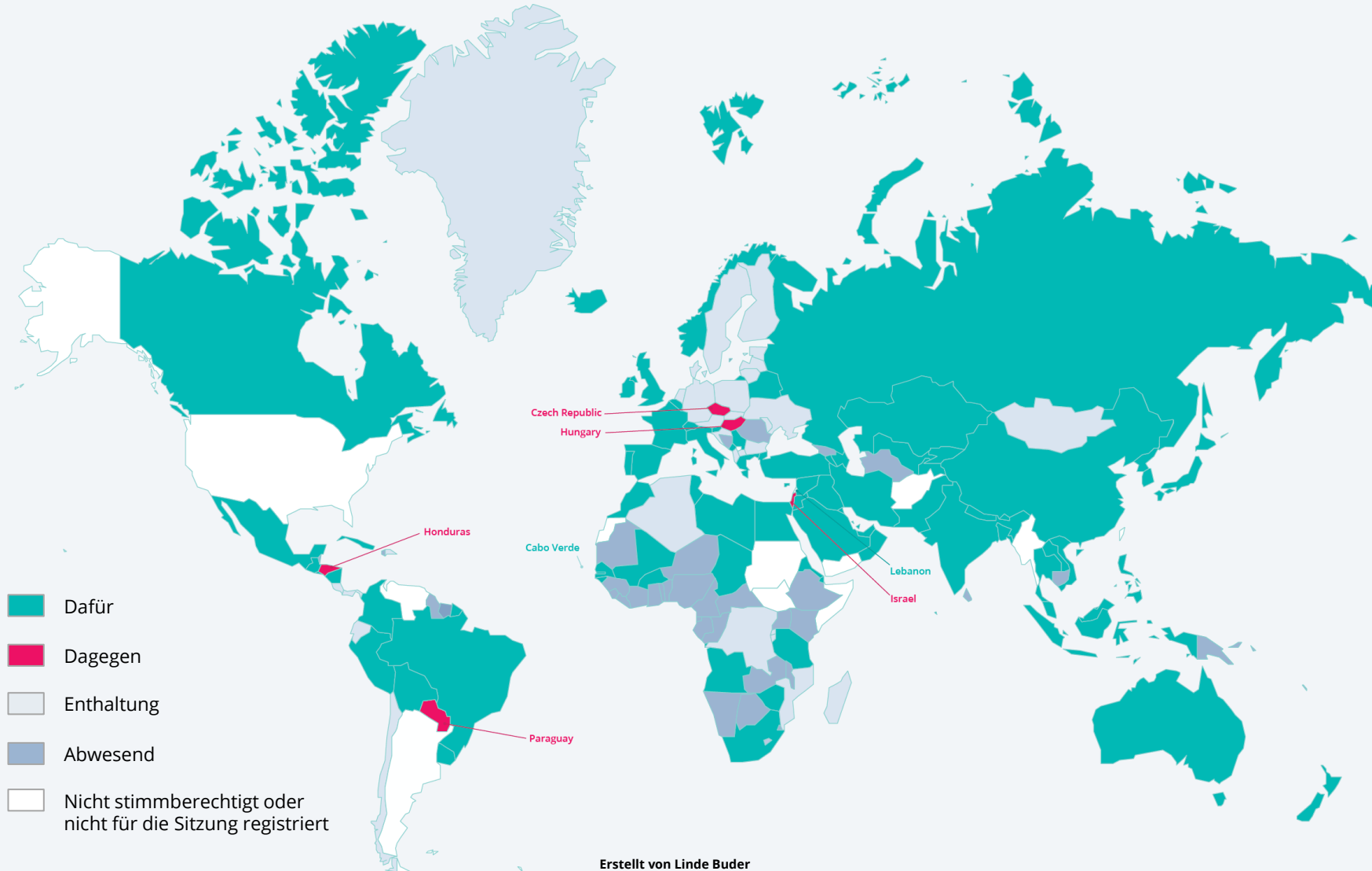


Abstimmung über Beschluss zu den Gesundheitsbedingungen in besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem sowie auf den Golanhöhen (79. Weltgesundheitsversammlung)

Karte des Monats Juni 2026



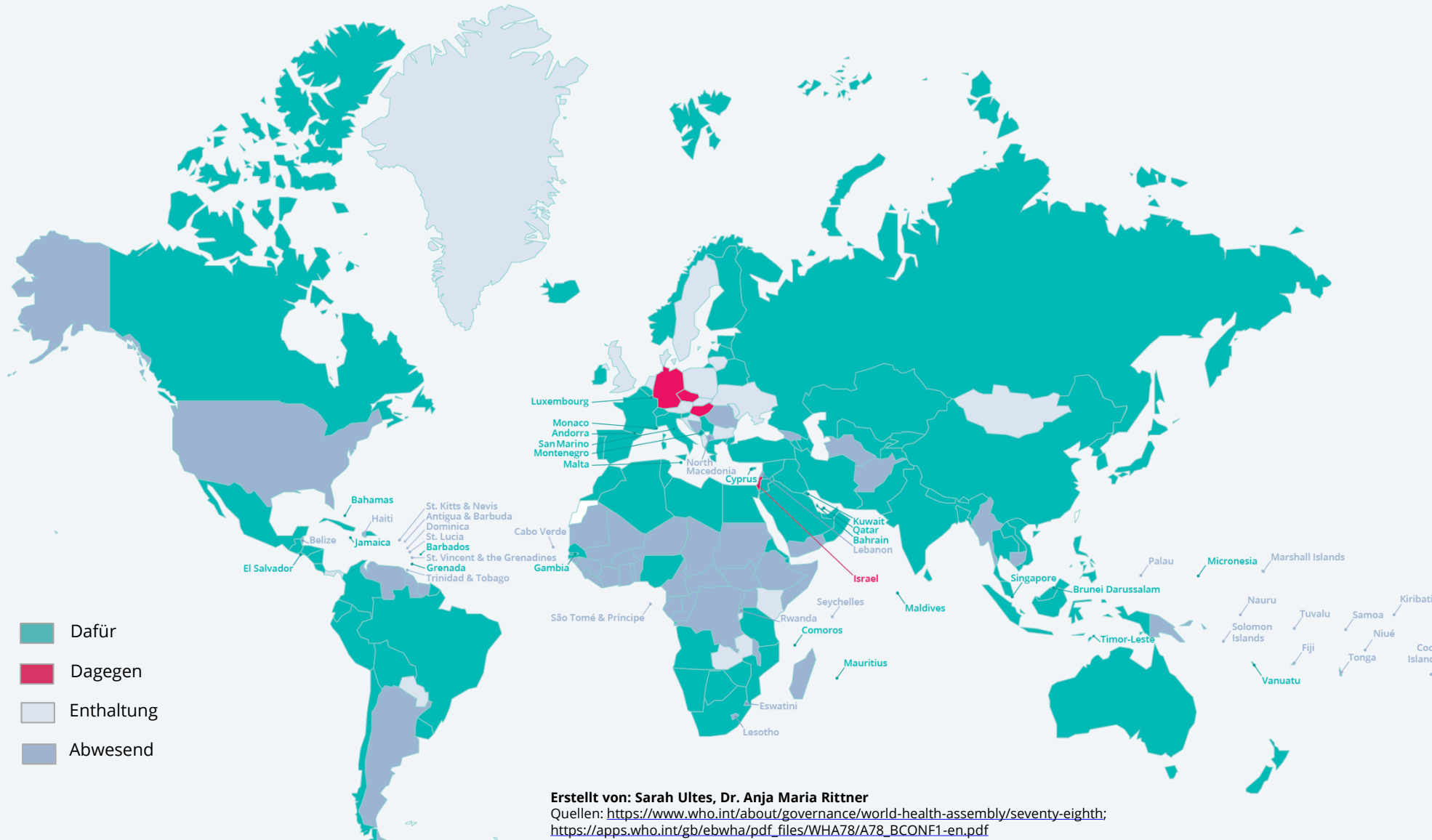
- Der Beschlussentwurf fordert den Generaldirektor der WHO auf, die humanitäre und gesundheitliche Krise in Gaza zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. Dies umfasst die Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen, Unterernährung, die Gefahr einer Hungersnot sowie Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.
- Die Resolution baut auf dem Beschluss WHA78(16) aus dem Jahr 2025 auf. Der Text von 2026 erweitert die Themen um den Zugang zu Menstrualhygiene, die Traumaversorgung sowie den Wiederaufbau des palästinensischen Gesundheitssystems.
- Im Vergleich zur Abstimmung des Vorjahres zeigt sich eine Verschiebung in der Unterstützung. Mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Malta, wechselten von einer Ja-Stimme zur Enthaltung. Deutschland enthielt sich nach einer Nein-Stimme im Vorjahr diesmal der Stimme. Honduras und Paraguay stimmten in diesem Jahr gegen die Resolution.
- Mehrere neue Ja-Stimmen kamen insbesondere aus dem frankophonen Westafrika, darunter Burkina Faso, Mali, Tschad, Guinea-Bissau und Cabo Verde, sowie aus dem Libanon. Insgesamt deutet dies auf eine zunehmende Fragmentierung der Unterstützungsbasis der Resolution hin, wobei westliche Staaten ihre Unterstützung teilweise zurückziehen und Teile des Globalen Südens eine abwartende Haltung einnehmen.

Erstellt von Linde Buder

Quellen: Health conditions in the occupied Palestinian territory, including east Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan; Recorded Votes

Vergleich: Abstimmung über Resolution zur Gesundheitslage in besetzten palästinensischen Gebieten und den Golanhöhen während der 78. Weltgesundheitsversammlung 2025

Karte des Monats Mai 2025



- In der Resolution werden dringende internationale Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, zur Gewährleistung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten und humanitärer Hilfe sowie zum Wiederaufbau der zerstörten Gesundheitsinfrastruktur gefordert.
- Die Karte veranschaulicht die Abstimmungsergebnisse: 104 Länder stimmten für die Resolution, nur 4 (Israel, Deutschland, Ungarn und die Tschechische Republik) stimmten dagegen, 19 enthielten sich der Stimme und etwa 67 waren nicht anwesend.
- Die breite Unterstützung - die einen Großteil des globalen Südens und viele europäische Länder umfasst - spiegelt die weit verbreitete Besorgnis über die Lage im Gazastreifen und im Westjordanland wider, während die wenigen Staaten, die sich dagegen aussprachen und sich der Stimme enthielten, die anhaltenden geopolitischen Spannungen innerhalb der WHO verdeutlichen.

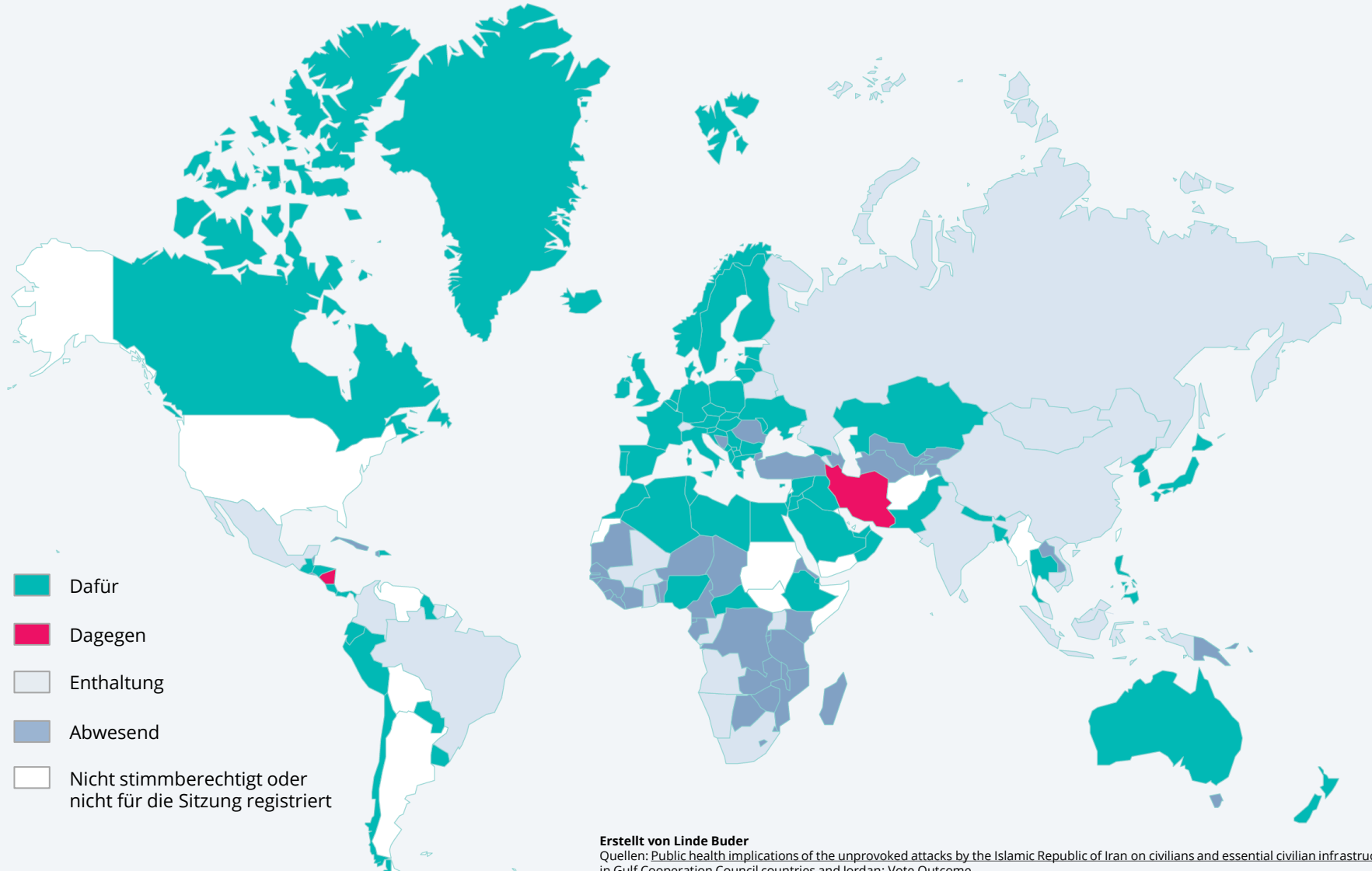
Erstellt von: Sarah Ultes, Dr. Anja Maria Rittner

Quellen: <https://www.who.int/about/governance/world-health-assembly/seventy-eighth>;
https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA78/A78_BCONF1-en.pdf

Resolution zu gesundheitlichen Auswirkungen der unprovokierten Angriffe der Islamischen Republik Iran auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur in den Ländern des Golfkooperationsrats und in Jordanien

(79. Weltgesundheitsversammlung)

Karte des Monats Juni 2026



- Ein Resolutionsentwurf, der von einer breiten Gruppe aus 27 Staaten eingebracht wurde (darunter die Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrats, Jordanien, die Ukraine, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Kanada) verurteilt auf das Schärfste die Angriffe der Islamischen Republik Iran auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur in den GCC-Ländern und Jordanien. Die Resolution hebt die dadurch verursachten Todesfälle und Verletzungen unter der Zivilbevölkerung einschließlich Kindern, die Schäden an Gesundheitseinrichtungen, Meerwasserentsalzungsanlagen, Energieinfrastruktur, Flughäfen und Häfen sowie die psychischen und psychosozialen Folgen für die betroffene Bevölkerung hervor.
- Sie verweist auf die Resolution 2817 (2026) des UN-Sicherheitsrats sowie die Resolution 61/1 (2026) des Menschenrechtsrats, die beide die iranischen Angriffe bereits verurteilt hatten.
- Die Resolution wurde mit breiter Unterstützung angenommen: 91 Stimmen dafür, 31 Enthaltungen und lediglich 2 Gegenstimmen – Iran selbst und Nicaragua. Die EU-Mitgliedstaaten stimmten dafür, mit Ausnahme von Rumänien. Afrikanische Staaten verhielten sich merklich zurückhaltender, ihre Mehrheit enthielt sich entweder oder verzichtete gänzlich auf eine Stimmabgabe.

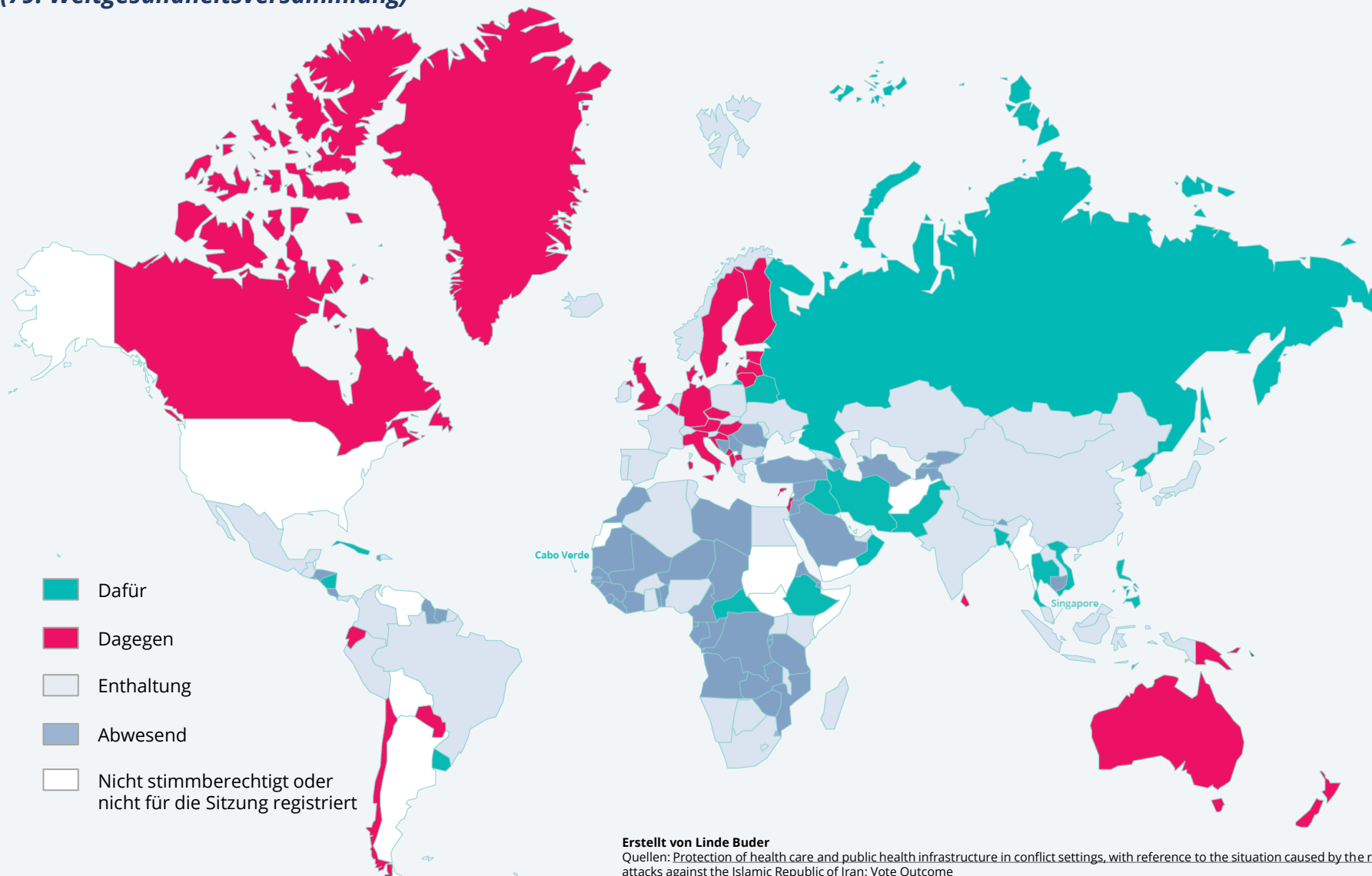
Erstellt von Linde Buder

Quellen: [Public health implications of the unprovoked attacks by the Islamic Republic of Iran on civilians and essential civilian infrastructure in Gulf Cooperation Council countries and Jordan](#); [Vote Outcome](#)

Resolution zum Schutz des Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur in Konfliktsituationen, mit Bezug auf die Lage infolge der jüngsten Angriffe gegen die Islamische Republik Iran

(79. Weltgesundheitsversammlung)

Karte des Monats Juni 2026



Erstellt von Linde Buder

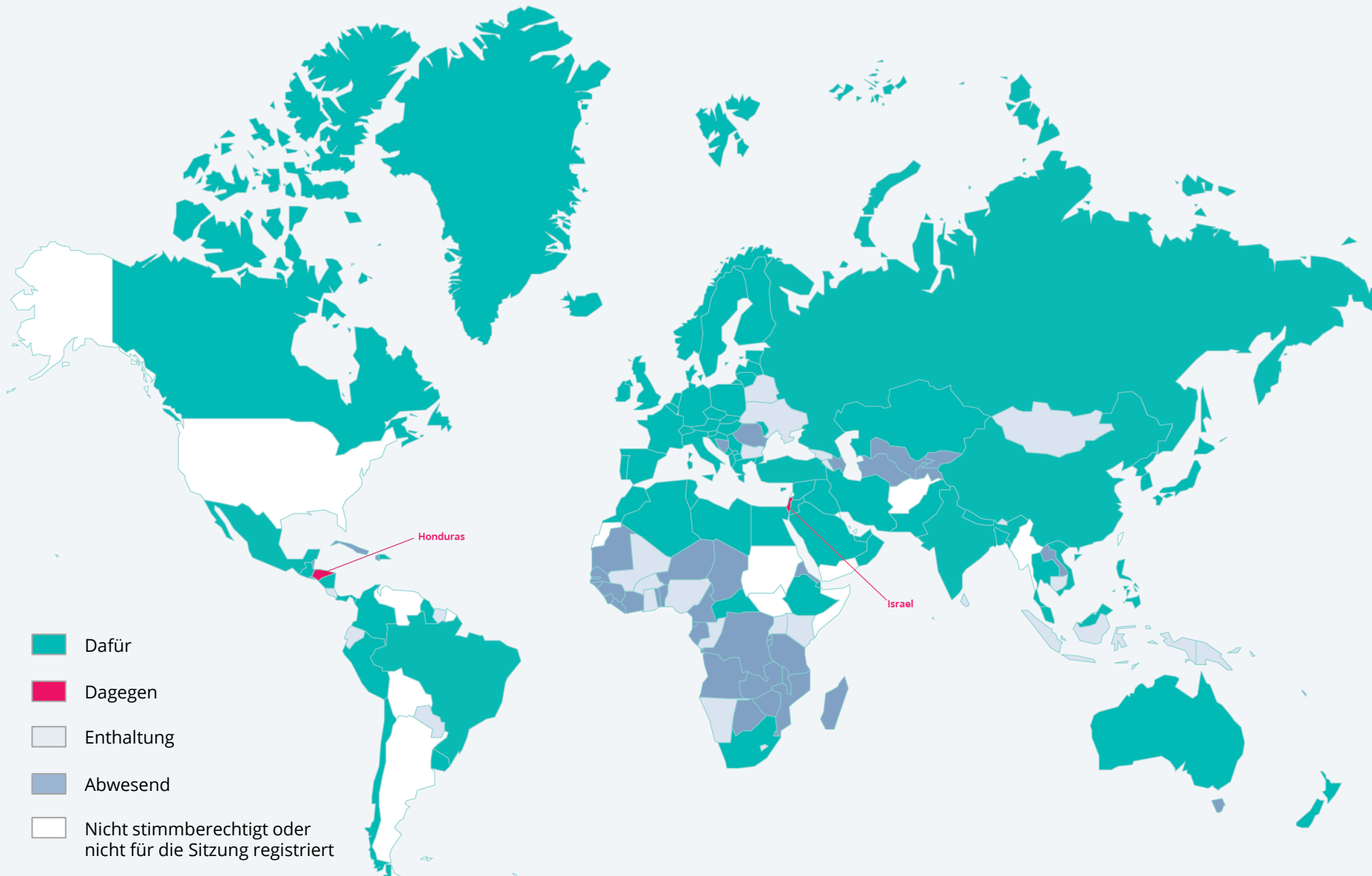
Quellen: Protection of health care and public health infrastructure in conflict settings, with reference to the situation caused by the recent attacks against the Islamic Republic of Iran; Vote Outcome

- Dieser ausschließlich von der Islamischen Republik Iran eingebrachte Resolutionsentwurf wird als Gegenvorschlag zur von den GCC-Staaten geführten Resolution verstanden, die die iranischen Angriffe verurteilt. Sie äußert Besorgnis über die Angriffe auf das Pasteur-Institut des Iran, ein WHO-Kooperationszentrum, und stellt fest, dass dessen Beschädigung die regionale Kapazität zur Ausbruchserkennung und Krisenvorsorge schwächt.
- Die Resolution schlägt zudem Alarm über Angriffe auf Nuklearanlagen und deren mögliche Folgen für die öffentliche Gesundheit sowie über langfristige Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe und Umweltkontaminierung infolge der Beschädigung kritischer Infrastruktur, etwa der Öllagerstätten in Teheran.
- Die Resolution wurde abgelehnt und erhielt lediglich 19 Ja-Stimmen, 58 Enthaltungen und 30 Gegenstimmen. Dies steht in einem deutlichen Kontrast zu den 91 Ja-Stimmen, die die von den GCC-Staaten geführte Resolution auf sich vereinen konnte.
- Zu den Unterstützern zählten Russland, Kuba, Nicaragua, Belarus, Nordkorea sowie mehrere asiatische und afrikanische Staaten wie Vietnam, Pakistan, Bangladesch, Thailand, die Philippinen, Äthiopien und die Zentralafrikanische Republik. Oman stimmte dafür, obwohl das Land die von den GCC-Staaten geführte Resolution zur Verurteilung Irans miteingebracht hatte.

Beschluss zur Gesundheitsnotlage im Libanon

(79. Weltgesundheitsversammlung)

Karte des Monats Juni 2026

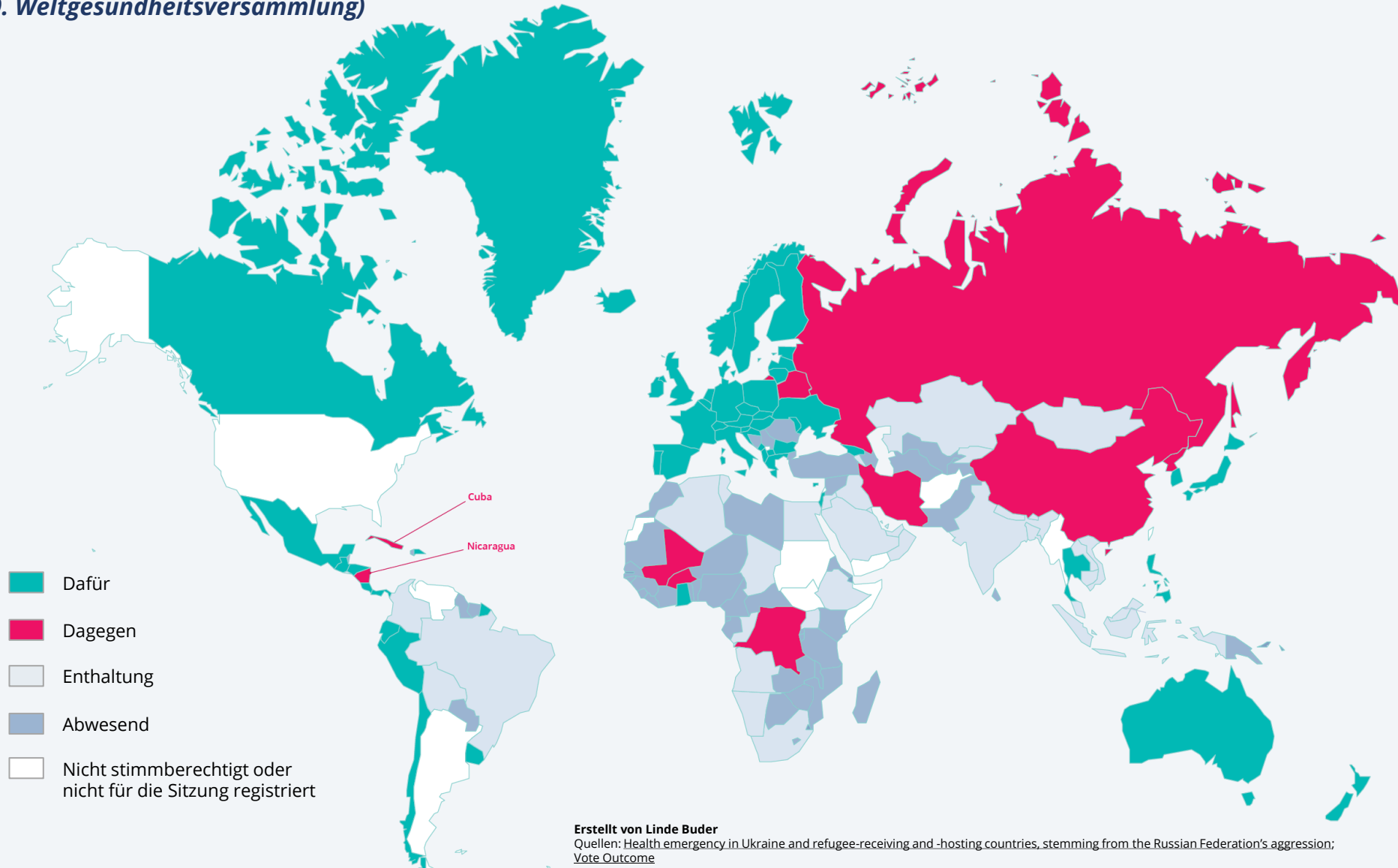


- Ein Beschlussentwurf, eingebracht von Jordanien, dem Libanon, Katar und der Türkei, befasst sich mit der anhaltenden Gesundheitsnotlage im Libanon infolge intensiver Feindseligkeiten. Er äußert ernste Besorgnis über die erheblichen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in Form von Todesopfern, Verletzungen und psychischen Folgeschäden.
- Der Beschluss verweist auf den wachsenden Druck auf ein ohnehin bereits belastetes Gesundheitssystem, hebt den gestiegenen Bedarf an Gesundheitsleistungen für Binnenvertriebene hervor und betont den dringenden Bedarf an einem Ausbau der psychischen Gesundheitsversorgung. Er bekräftigt die Verpflichtung aller Parteien, das Gesundheitswesen gemäß dem humanitären Völkerrecht zu achten und zu schützen.
- Der Beschluss wurde mit 95 Ja-Stimmen, 18 Enthaltungen und lediglich 2 Gegenstimmen angenommen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten stimmten dafür. Rumänien verzichtete erneut auf eine Stimmabgabe, entsprechend seines Abstimmungsverhalten bei der Iran-Resolution. Die Ukraine enthielt sich, ebenso wie eine große Anzahl afrikanischer Staaten, was auf eine zurückhaltende Haltung von Teilen des Globalen Südens bei Beschlüssen mit Bezug auf Konflikte im Nahen Osten hindeutet.

Beschluss zur Gesundheitsnotlage in der Ukraine und in Ländern, die Flüchtlinge aufnehmen und beherbergen, infolge der Aggression der Russischen Föderation

(79. Weltgesundheitsversammlung)

Karte des Monats Juni 2026



- Der Beschlussentwurf, eingebracht von einer auf 45 Staaten erweiterten Gruppe gegenüber 41 im Vorjahr, verurteilt erneut auf das Schärfste die anhaltende Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine. Im Vergleich zum Text von 2025 fügt die Version von 2026 eine ausdrückliche Verurteilung der gezielten und systematischen Angriffe auf die Strom-, Heizungs- und Wasserversorgungssysteme der Ukraine hinzu und weist auf einen Anstieg der Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen um 20 % im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr.
- Die Version von 2026 legt zudem stärkeres Gewicht auf Rehabilitation, Prothesen und unterstützende Technologien, gemeindenahere psychische Gesundheitsversorgung sowie Langzeitpflege für Kriegsoffer. Dies spiegelt den wachsenden und zunehmend komplexen Gesundheitsbedarf der betroffenen Bevölkerung nach mehr als vier Jahren Konflikt wider. Das enorme Ausmaß der Zerstörung wird auf einen Wiederaufbau- und Erholungsbedarf von nahezu 588 Milliarden US-Dollar im nächsten Jahrzehnt geschätzt.
- Der Beschluss wurde mit 62 Ja-Stimmen, 37 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen angenommen. Bemerkenswert ist, dass Ungarn und Ghana, die sich im Vorjahr noch enthalten hatten, diesmal für den Beschluss stimmten. Mali und Iran zählten zu den Staaten, die neu gegen den Beschluss stimmten.